

Pressemitteilung der Naturfreundejugend Deutschlands zur heute beginnenden Anhörung zur Föderalismusreform im Innenausschuss des Deutschen Bundestages

Die Zukunftsfragen junger Menschen drohen in der Föderalismusreform unterzugehen

Umwelt-, Jugend- und Bildungspolitik werden zum Bauernopfer für die Länder

Wichtige Zukunftsfragen von Kindern und Jugendlichen drohen bei der anstehenden Neuregelung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern unter die Räder zu kommen. Gerade in den für junge Menschen zentralen Bereichen der Bildungs- und der Jugendpolitik, aber auch in der für die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen wichtigen Umweltpolitik soll eine Kompetenzverlagerung zu den Bundesländern stattfinden, die einheitliche Bedingungen des Aufwachsens und Lernens in Deutschland in Frage stellt.

"Niemand behauptet, dass die Bundesländer schlechtere Politik machen als der Bund," so Kai Niebert, Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands, "aber bei aktuellen Herausforderungen, wie beispielsweise der in der PISA-Studie aufgezeigten Bildungsmisere, dem Klimawandel oder der Jugendarbeitslosigkeit, würde ein bundesweites Umsteuern zukünftig noch schwieriger. Entweder macht jedes Bundesland seine eigene Politik oder es passiert gar nichts, weil die Einstimmigkeit aller Länder erforderlich ist, um Veränderungen zu erreichen. Das ist kein zukunftsfähiges Politikmodell"

Am Beispiel der Bildungspolitik verdeutlicht Niebert die Auswirkungen der geplanten Reform: "Wie soll das Bildungsniveau insgesamt angehoben werden, wenn bundesweite Programme zur Bildungsförderung künftig verboten sind? Die Konsequenzen sind schon jetzt absehbar: Reiche Länder haben gute Schüler und arme Länder haben schlechte Schüler. Wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht, schadet das nicht nur dem einzelnen Schüler, sondern gefährdet die Zukunft der Gesellschaft."

"Schon jetzt erhalten Jugendliche, die sich beispielsweise in Fragen der Bildungspolitik an Bundestagsabgeordnete wenden, häufig keine Antwort," berichtet Ansgar Drücker, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendverbandes, aus der Praxis. Und schon jetzt sei ein Umzug von einem Bundesland ins andere und der damit verbundene Schul- oder Hochschulwechsel aufgrund unterschiedlicher Länderbestimmungen häufig eine Zumutung für Kinder und Jugendliche, von denen man genau diese Mobilität aber lebenslang erwarte. "Umso erstaunlicher ist es, dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan offensichtlich an der Abwicklung ihres eigenen Ministeriums arbeitet," so Drücker weiter.

Auch in der Umweltpolitik soll die Kompetenzverlagerung durch die Schaffung eines Umweltgesetzbuches nur mühsam ummäntelt werden. Im Gegenzug erhalten die Länder die Möglichkeit abweichende Regelungen zu treffen, die Deutschlands ökologische Vorreiterrolle nachhaltig in Frage stellen könnten. Ein Wettlauf nach unten bei den deutschen Umweltstandards ist in den Augen des Jugendumweltverbandes das Gegenteil einer zukunftsfähigen Politik.

Die Naturfreundejugend Deutschlands begrüßt das Anliegen der so genannten Föderalismusreform die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern eindeutiger zu klären und damit beide Ebenen handlungsfähiger zu machen. Der vorliegende Vorschlag aus der letzten Legislaturperiode ist aber ein Ergebnis aus Nachtsitzungen des vorletzten Winters, der jetzt angeblich nicht mehr angetastet werden dürfe, um das Gesamtvorhaben nicht zu gefährden.

"Verantwortungsvolle und in die Zukunft gerichtete Politik sieht jedoch anders aus", beschreibt Kai Niebert den Stand der Diskussion. "'Vogel, friss oder stirb!' darf nicht die einzige Entscheidungsmöglichkeit für die 614 Abgeordneten des Deutschen Bundestages sein." Die Naturfreundejugend Deutschlands unterstütze daher die sich mehrenden Äußerungen von Fachpolitikern der Koalitionsfraktionen sich nicht mit der Ende 2004 erzielten Paketlösung zufrieden zu geben.

"Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden, Jugendorganisationen und Bildungsinstitutionen kämpfen wir für eine sachgerechte Kompetenzverteilung und gegen das Diktat nächtlicher Kungelrunden," so Ansgar Drücker. "Wer sich um die Zukunft dieses Landes verdient machen will, muss um der Sache willen Parteiegoismen überwinden. Statt fauler Kompromisse zu Lasten von Kindern und Jugendlichen sind bessere Lebensbedingungen und Zukunftschancen für junge Menschen gefragt."

Der Kinder- und Jugendverband fürchtet, wie auch andere freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, darüber hinaus die Aushöhlung der Mitwirkungsmöglichkeiten in den Jugendhilfeausschüssen vor Ort und in den Ländern. Dieses seit über 50 Jahren bewährte Mitgestaltungselement gewährleistet, dass die Lebenssituation und die Bedürfnisse junger Menschen in die Jugendpolitik und hilfe vor Ort einfließen.

Die Naturfreundejugend Deutschlands appelliert daher an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages und an die Landesregierungen und parlamente, die Umwelt-, Jugend- und Bildungspolitik nicht zum "Bauernopfer" des Bundes an die Länder zu machen. Nur auf jeden einzelnen Politikbereich zugeschnittene Lösungen können den Anforderungen an eine effiziente und zukunftsfähige Politik gerecht werden, so der Kinder- und Jugendverband.

Rückfragen an Ansgar Drücker (Durchwahl –11, 0171 – 95 88 024, V.i.S.d.P.)

Naturfreundejugend Deutschlands
Ansgar Drücker
Haus Humboldtstein
53424 Remagen
Telefon 02228-9415-11
Telefax 02228-9415-22
E-Mail: druecker@naturfreundejugend.de
Internet: www.naturfreundejugend.de